

„Rational müsste es Mühlhausen sein“

Bürgermeister und Amtsbewerber von Rodeberg haben in der Debatte um die Gebietsreform denselben Favoriten

Von Claudia Bachmann

Rodeberg. Die Zukunft des gemeindeeigenen Abwasserbetriebs dürfte den Ausschlag darüber geben, wie sich die Gemeinde Südeichsfeld innerhalb der Diskussion um die Gebietsreform zur Nachbargemeinde Rodeberg positioniert. Die will unbedingt fusionieren. Als einzige Partner kommen Mühlhausen und die Landgemeinde Südeichsfeld in Betracht.

Südeichsfeld-Bürgermeister Andreas Henning (parteilos) meint: „Es braucht eine Entscheidung zum Abwasserbetrieb. Den Schwarzen Peter wollen wir nicht haben.“ Der Abwasserbetrieb bringt 1,2 Millionen Euro Schulden mit. Eine Summe, die sich laut Henning nur über Beitragsnachzahlungen ausgleichen ließe, um Ungerechtigkeiten innerhalb der Gemeinde zu vermeiden.

Er – wie auch Mühlhausens Rathauspitze – haben in den vergangenen Tagen einen Fragenkatalog aus Rodeberg erhalten. In dem stellt Mühlhausen – auch in Bezug auf das Problem Abwasserbetrieb –



Die Gemeinde Rodeberg – hier ein Blick über den Ortsteil Struth – steht vor strukturellen Veränderungen.

ARCHIV-FOTO: ALEXANDER VOLKMANN

keinerlei Forderungen, sondern dem neuen Ortsteil Rodeberg die gesamte Fusionsprämie in Aussicht. So wie in den vergangenen Jahren bereits den vier Ortsteilen von Weinbergen und nun auch Hollenbach, das 2023 zur Kreisstadt kommt. Von Andreas Henning heißt es: „Die Landgemeinde ordnet die von der Gemeinde Rodeberg bestimmten Investitionen zeitlich in ihren Investitionsplan für die

nächsten Jahre ein. Aufgenommen werden nur solche Maßnahmen, für die die Finanzierung nach dem Finanzplan der Gemeinde Rodeberg bereits gesichert war.“

Was den Abwasserbetrieb angeht, da lautet die Antwort aus Mühlhausen: „Der Abwasserbetrieb Rodeberg würde zunächst in kommunaler Regie weitergeführt und mittelfristig in einen der beiden Abwasserzweckverbände, in denen die Stadt

Mühlhausen Mitglied ist, überführt.“ Rodebergs Bürgermeister Klaus Zunke-Anhalt (CDU) sieht darin die für die Einwohner seiner beiden Ortsteile Struth und Eigenrieden kostengünstigste Variante. Er will eine Beitragsnacherhebung auf jeden Fall verhindern, denn sie käme die Bürger teuer.

Beide mögliche Partner sichern zu, den Bauhof zumindest kurzfristig zu erhalten. Im Antwortschreiben legt Henning Wert darauf, allein als Bürgermeister der Gemeinde zu reagieren, nicht aber im Namen des Gemeinderates.

Was eine Außenstelle der Verwaltung angeht, da bietet Mühlhausen an: Die Gemeindeverwaltung bleibt als Außenstelle zunächst erhalten. So war man auch mit Weinbergen verfahren, wo es eine Zeit lang eine Außenstelle der Verwaltung gegeben hatte.

In Rodeberg diskutierte letzte Woche der Gesamtausschuss das Thema Gebietsreform, das auch den Hauptausschuss des Mühlhäuser Stadtrates beschäftigte – in beiden Fällen erst einmal nicht öffent-

lich. Rodebergs Gesamtausschuss hat sich nun darauf verständigt, die Mitglieder der Hauptausschüsse von Rodeberg und Südeichsfeld zusammenzubringen, um über eine mögliche Fusion, die Henning lieber einen „Beitritt“ nennt, zu reden.

In Rodeberg meinen sowohl Bürgermeister Zunke-Anhalt als auch sein Gegenkandidat um das Amt des Bürgermeisters, Ulrich Stude (Freie Wähler), dass die „rationalen Gründe für einen Wechsel nach Mühlhausen“ sprechen. Emotional würden nach Meinung von Stude jedoch vor allem viele Struther den Weg ins Südeichsfeld bevorzugen. Stude allerdings sieht „keine Eile“ in der Frage einer Gebietsreform.

Zudem wird in diesen Tagen eine Internetseite erstellt, die den Rodebergern einen Überblick über die Konsequenzen bietet, die die jeweilige Entscheidung zur Gebietsreform mit sich bringt.

Die Beschlüsse zur Gemeindegliederung, die dann zum Januar 2024 greifen würde, müssen bis Mitte September 2022 beim Land vorliegen.